

Beschluss der LDK Uelzen

2.6.2006

Resolution

Für die Fortsetzung der grünen Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik von Renate Künast

Der Skandal um die Vergiftung von Futtermitteln mit dem verbotenen Herbizid Nitrofen hat dem ökologischen Landbau großen Schaden zugefügt.

Diese Vorgänge müssen restlos aufgeklärt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Informationen über die Nitrofenbelastung von Geflügelprodukten kursierten seit längerer Zeit in der Branche.

Futtermittelproduzenten, Verarbeiter, Kontrollorganisationen und Verbände sind mit den Erkenntnissen nicht korrekt umgegangen.

Insbesondere beim Futtermittelhersteller GS-Agri muss von einem schweren Verstoß gegen das Futtermittelgesetz ausgegangen werden.

Auch öffentliche Stellen in Niedersachsen waren informiert bevor am 23.05.2002 das Bundesverbraucherministerium eingeschaltet und der Skandal öffentlich wurde.

Landwirtschaftsminister Bartels und die Lobby der Agrarindustrie diskriminieren den ökologischen Landbau.

Den Versuch von Landwirtschaftsminister Bartels, dem Bauernverband, CDU/CSU und Teilen der SPD, den Nitrofen-Skandal zum Angriff auf den Ökolandbau zu nutzen, weisen wir entschieden zurück.

Jetzt darf nicht der agrarpolitische Rückwärtsgang eingelegt werden.

Die verbraucher- und umweltfreundliche Vorzüglichkeit des Ökolandbaus und seiner Produkte steht auch nach dem Futtermittelskandal außer Zweifel.

Der Anteil der ökologischen Landwirtschaft ist in Niedersachsen nach wie vor geringer als in den meisten anderen Bundesländern.

Deshalb muss der Ökolandbau gestärkt und weiter ausgebaut werden.

Zur Agrarwende gehört aber nicht nur der Biobereich, sondern die Neuorientierung der gesamten Landwirtschaft mit dem Ziel eine verbraucherorientierte, umwelt- und tiergerechtere Produktion umzusetzen.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie den Ökolandbau weiter vorantreibt und Öko-Betriebe unterstützt, die durch den Nitrofen-Skandal schuldlos in existenzielle Schwierigkeiten geraten.

Zur Abwehr weiterer Schädigungen brauchen wir eine Verschärfung der lebens- und futtermittelrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Kontroll- und Meldepflichten. Auch eine stärkere Trennung zwischen biologischen und konventionellen Systemen ist geboten.

Die neue von Renate Künast verantwortete Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik muss fortgesetzt werden.

Dafür sind das Gesetz für die Neuorganisation des Verbraucherschutzes, das Verbraucherinformationsgesetz und das Ökolandbaugesetz die nächsten Bausteine. Die Blockadepolitik von CDU/CSU ist unverantwortlich und missachtet die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Verursacher des Nitrofen-Skandals müssen zur Rechenschaft gezogen werden – der Ökolandbau muss gestärkt werden.

Der Ökolandbau muss gestärkt werden!